

# Wirtschaftliche Notizen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): - **(1926)**

Heft 11

PDF erstellt am: **05.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Wirtschaftliche Notizen

### VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Die seit sechs Monaten andauernde Arbeitsniederlegung in den Kohlenrevieren Großbritanniens und die umfangreichen wirtschaftlichen Störungen, die sie verursacht, haben die Aufmerksamkeit von der Situation in den Vereinigten Staaten etwas abgelenkt. Die amerikanische Grubenindustrie geht ebenfalls einer Krise entgegen, die im nächsten Frühjahr akut zu werden droht und, die dortige Entwicklung liefert ein aufschlussreiches Beispiel dafür, wie ein nur nach sozialen Gesichtspunkten bemessenes, aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht genügend Rechnung tragendes Lohnniveau eine ganze Industrie gefährden kann – wobei selbstverständlich die Folgen gerade vom sozialen Standpunkte aus besonders bedenkliche sind. Es lohnt sich daher, etwas näher auf diese Verhältnisse einzutreten.

In den Vereinigten Staaten unterscheidet man in Bezug auf den Stand der gewerkschaftlichen Organisation der Bergleute zwei Arten von Gruben, einmal diejenigen Unternehmungen, deren Arbeiter der mächtigen Gewerkschaft der « United Mine Workers of America » angehören, auf der andern Seite sämtliche übrigen Betriebe. Die Reviere der ersten Kategorie bilden zusammen die « Union Fields », die namentlich in den Kohlendistrikten des Zentrums vorherrschen, aber auch in den übrigen Einzelstaaten mehr oder weniger stark vertreten sind. Die United Mine Workers of America zeichneten sich von jeher durch eine rücksichtslose und unversöhnliche Gewerkschaftspolitik aus und dulden in den Gruben der Union Fields keinerlei Arbeiter, die einer andern Gewerkschaft angehören oder überhaupt nicht organisiert sind. Im Gegensatz dazu haben es die in den « non-Union Fields » gelegenen Bergwerke bisher verstanden, sich die Tyrannei der United Mine Workers of America vom Leibe zu halten und kennen den Koalitionszwang unter ihren Arbeitern nicht; sie sind über alle Staaten der Union zerstreut, haben aber ihren Schwerpunkt in den für den Export in erster Linie in Betracht fallenden Kohlenrevieren des Ostens, während die Union Fields fast ausschließlich für den einheimischen Markt produzieren.

Im Frühjahr 1924 hatten sich die Grubenbesitzer in den Union Fields in dem mit den United Mine Workers of America zu Jacksonville abgeschlossenen Abkommen verpflichten müssen, während dreier weiterer Jahre, d. h. bis zum 31. März 1927, die übersetzten Löhne der Nachkriegsperiode auszurichten, nämlich einen Basislohn von \$ 7.50 täglich bzw. \$ 1.25 per Tonne geförderter Kohle; dazu kamen noch die üblichen Zuschläge. Die Unternehmer hatten sich dem Drucke der politischen Behörden des Landes fügen müssen, die in jenem Jahre – die Präsidentenwahl stand vor der Tür – die Stimmen der Arbeitermassen in den Kohlenstaaten für sich gewinnen wollten. Schon damals aber erklärten einsichtige Beurteiler, dass ein solches Lohnniveau den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit ins Gesicht schlage, dass sich eine derartige Politik früher oder später

rächen müsse – und dies, trotzdem die Industrie infolge der geographischen Lage ihres im Zentrum des nordamerikanischen Kontinents gelegenen Absatzgebietes und der hohen Bahnfrachten, mit welchen die mehr an der Peripherie gelegenen «non-Union Fields» rechnen mussten, eine ernsthafte Konkurrenz kaum zu fürchten hatte.

In den «non-Union Fields» hatten sich die Bergwerks-Unternehmungen am Abkommen von Jacksonville nicht beteiligt und bereits im Jahre 1923 die Löhne auf den Stand von 1917 ermäßigt, mit dem Resultat, dass sie die Tonne Kohle um etwa 40 Cents billiger auf den Markt bringen konnten, als die in mancher Beziehung unter günstigeren Produktionsbedingungen arbeitenden Gruben der Union Fields. Es ist nun interessant, die Wirkung dieses Lohnabbaus und damit der Produktionskosten auf die gesamte Kohlenerzeugung des Landes festzustellen. Als Vergleichsbasis wählen wir die Ziffern des Jahres 1918, d. h. des letzten Jahres, welches für die Union Fields und die non-Union Fields ein ungefähr gleich hohes Lohnniveau aufwies, und stellen denselben die entsprechenden Zahlen des Jahres 1925 gegenüber. Die Angaben sind der *Sunday Times* vom 26. September 1926 entnommen.

Im Jahre 1918 entfielen bei einer Gesamtproduktion von 589 Millionen Tonnen 415 Millionen oder 71% auf die Union Fields und nur 163 Millionen bzw. 29% auf die non-Union Fields. Im Jahre 1925 war die totale Kohlenerzeugung auf 512 Millionen Tonnen gefallen, nicht zuletzt infolge des Aufhörens der Kriegskonjunktur und des starken Rückganges der Kohlenexporte, deren Aufschwung fast gänzlich auf den Weltkrieg – und die dadurch bedingte Unmöglichkeit für viele überseeische Märkte, sich mit der früher ausschließlich verwendeten englischen Kohle zu versorgen –, zurückzuführen war. Es wäre nun natürlich gewesen, wenn sich dieser Rückgang der Exportkonjunktur hauptsächlich auf Kosten der Produktion der in der Nähe der Küste gelegenen und deshalb von jeher für die Ausfuhr in erster Linie in Betracht fallenden non-Union Fields vollzogen hätte. Dies war auch in den ersten Krisenjahren, so insbesondere nach dem Zusammenbruch des englischen Kohlenstreiks von 1921 der Fall. Nun führten aber im Jahre 1923 die non-Union Fields den bereits erwähnten Lohnabbau durch, der die Besoldungen wieder auf das Niveau des Jahres 1917 zurückbrachte, während die Union Fields sich bekanntlich 1924 neuerdings für eine dreijährige Periode zur Auszahlung der viel zu hohen Nachkriegslöhne verpflichten mussten. Die Folge war eine radikale Umwälzung in bezug auf den Anteil der beiden Reviere an der Kohlenförderung des Landes. Die Gesamterzeugung der non-Union Fields holte nicht nur die ganze seinerzeit durch den Rückgang der Export-Konjunktur verursachte Einbuße auf, sondern erzielte im Jahre 1925 eine Mehrproduktion gegenüber 1918 von 186 Millionen Tonnen. Ihr Anteil an der totalen Kohlenförderung der Vereinigten Staaten stieg von 29% auf 67%, während derjenige der bis anhin an weitaus erster Stelle stehenden Union Fields von 71% auf 33% zurückging oder, in absoluten Ziffern, von 415 Millionen auf 174 Millionen Tonnen. Die übersetzten Löhne blieben zwar infolge des Abkommens von Jacksonville bestehen, aber die Nachfrage nach diesen überbezahlten Arbeitskräften schrumpfte in einer Weise zusammen, dass trotz der im ganzen Lande glänzenden industriellen Konjunktur des Jahres 1925 nur noch etwa zwei Fünftel der früher in den Union Fields beschäftigten

Bergleute daselbst Arbeit fanden. Umgekehrt machte die Produktion und damit der Beschäftigungsgrad in den non-Union Fields derartige Fortschritte, dass dieselben heute mit einer Gesamtförderung von 349 Millionen Tonnen die von den United Mine Workers of America beherrschten Reviere bei weitem überflügelt haben.

Es wird sich nun zeigen, ob angesichts dieser Entwicklung bei den im nächsten Januar beginnenden Verhandlungen über die Erneuerung des Lohnabkommens von Jacksonville die wirtschaftliche Vernunft über die Politik der Schlagworte den Sieg davontragen wird, oder ob sie sich, wie in England, erst nach einem großen Teile des Landes lahmlegenden Streik durchsetzen können.

Auch in der Schweiz begegnet der Ausgang dieser Kämpfe einem wachsenden Interesse, da hier in mancher Beziehung die Verhältnisse ähnlich liegen. Auch bei uns verschlimmert sich die Lage einer ganzen Reihe von Industrien, soweit sie im Wettbewerb mit dem Auslande stehen, unter dem Einfluss zu hoher Löhne und zu kurzer Arbeitszeit von Monat zu Monat, ohne dass bisher ein ernstlicher Versuch gemacht worden wäre, diese Probleme – unter Ausschaltung der lediglich politisch-demagogischen, oder sozial-gefühlsmäßigen Erwägungen – nach Gesichtspunkten zu lösen, die vor allem die wirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigen.